Gewerbe schafft Jobs.



juso-steuer-nein.ch

Freiheit ist mit Privateigentum verbunden, und dieses mit dem Erben und Vererben verknüpft. Die Volksinitiative "Für eine soziale Klimapolitik - steuerlich gerecht finanziert" der Jungsozialisten verlangt mehr Mittel für die Klimapolitik und ist ein Etikettenschwindel. Auf Stufe Bund soll eine neue Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent eingeführt werden, wobei die ersten 50 Millionen Franken nicht besteuert werden. Dieses Geld soll zur "Bekämpfung der Klimakrise und für den notwenigen Umbau der Gesamtwirtschaft" verwendet werden.

Die Initiative gefährdet nicht nur sehr viele Schweizer Familienunternehmen, die ihr Vermögen z.B. im Produktionsmaschinen gesteckt haben. Das Vorhaben ist Agenda 2030 in Reinkultur. Firmen und Private sollen durch Steuern komplett enteignet werden!

Aufrecht hat klar die Haltung, dass Steuern - schlussendlich Zwangsabgaben unter Androhung von Gewalt - reduziert und abgeschafft werden müssen. Diese JUSO-Initiative verdient daher ein wuchtiges Nein an der Urne.

Der Vorstand und die Delegierten von Aufrecht Schweiz haben deshalb einstimmig die Nein-Parole beschlossen und empfehlen eine klare Ablehnung dieser brandgefährlichen Initiative.

Werden Sie jetzt Mitglied der aufstrebenden Schweizer Freiheitspartei unter https://www.aufrecht-schweiz.ch